



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Müllers-Freienfels, Richard: Religion und Politik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sie gewinnt insbesondere Bedeutung angesichts der Möglichkeit, daß die kommunistische Partei sich gegen die gesetzliche Regelung des Staatswesens erhebt, wie dies stellenweise geschehen ist. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Verband, der ja schon an sich weiter links steht als der reichsdeutsche, sehr weit linksstehende Elemente zu erhalten gewußt und dadurch ihren Wahlsieg erreicht und vertieft. Sie muß ihnen aber immer mehr entgegenkommen und kann sie vielleicht doch nicht festhalten. Man hat die Truppen entwaffnet und entlassen, die Bildung von Bürgergarden verhindert, in die Volkswehr in Wien geradezu eine „rote Garde“ aufgenommen; man weicht vor den aufgeheizten Massen zurück, wenn diese, wie bei den Grazer Unruhen, den Abzug der Gendarmen und Studenten verlangen, die allein die absolute Aufrechterhaltung der Ordnung ohne Parteizwecke verbürgen; so werden in kurzem die Volkswehren allein die Regierung militärisch halten können. Diese gestaltete man immer mehr zu einer sozialdemokratischen Parteitruppe, aber die Kommunisten gewinnen wachsenden Einfluß auf sie. Noch stehen sie zu den sozialdemokratischen Führern, die eine gesetzliche Entwicklung anstreben; aber je mehr Forderungen durch Demonstrationen und Unruhen durchgesetzt werden, desto mehr können diesen Führern die Zügel entgleiten. Werden sie sich durch Anschluß an die bürgerliche und bauerliche Partei zu behaupten und so die innere Ruhe zu erhalten suchen? Oder werden sie ihren Einfluß in der Nationalversammlung — oder ohne sie — mit Hilfe der Straße zu steigern suchen und damit ins bolschewistische Fahrwasser kommen? Ihre Entscheidung darüber, vielleicht selbst nicht freiwillig, kommt für die Gestaltung der Mehrheitsverhältnisse in der verfassungsgebenden Versammlung und für deren Bestand stärker in Frage, als die Absichten der andern beiden Gruppen. So läßt sich die aufgeworfene Frage noch nicht beantworten und nur hoffen, daß die politische Einsicht erhalten bleibt, die bisher Umsturz und Wirrwarr durch das Verdienst aller Parteien hintangehalten hat.



Religion und Politik

Von Dr. Richard Müller-Freienfels



urch die Revolution ist die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, dessen Brüche bisher mehr übertüncht als wirklich zugefittet waren, aufs neue flagrant geworden. Zwar hat die neue Regierung ihre ersten radikalen Beschlüsse zurückgenommen, aber niemand täuscht sich darüber, daß es sich nur um einen Aufschub handelt. Vielleicht lohnt es sich, angesichts dieser Sachlage, die Frage einmal unter prinzipiellem, völkerpsychologischem Gesichtspunkt zu erörtern, unter einem Gesichtspunkt, der das Problem etwas weiter überseht als in der Form, in der es sich heute darbietet.

Scheidet man die Parteien, die sich bei uns in dieser Frage entgegenstellen, so sind es im wesentlichen zwei: die einen wollen die Religion als Stütze der staatlichen Autorität erhalten wissen, die andern wollen Trennung von Kirche und Staat. Die Gründe für diese Stellungnahme sind nicht überall gleich. Besonders hinter der Forderung, daß Religion Privat- und nicht Staatsache sei, verstecken sich sehr verschiedenartige Tendenzen: sowohl solche, die dem autoritativen Staatssystem diese Stütze nehmen wollen und weiter gar nicht um die Religion besorgt sind, als auch solche, die gerade der Religion dadurch zu dienen hoffen, daß sie sie herauslösen aus dem politischen Interessenkampfe. Indessen ist das die Kampflage wesentlich auf protestantischem Gebiete. Auf katholischer Seite liegt die Sache anders. Hier will man nicht Verbindung von Staat und Kirche, auch nicht radikale Scheidung, sondern eher (so darf man es wohl formulieren): einen

kirchlichen Staat im Staate, eine politische Organisation der Religion innerhalb der übrigen politischen Macht. Gewiß ist das nur eine mit gegebenen Verhältnissen rechnende Zurückhaltung, denn letzten Endes kommt es auch den katholischen Kirchenpolitikern auf mehr an, auf mehr sogar als den protestantischen, die nur Verbindung von Staat und Kirche wollen, während die römische Kirche Überordnung der Kirche heischt. — Im Grunde ist dies Nebeneinander verschiedener Ansichten nur die Weiterführung der wichtigsten Entwicklungsstufen der religiösen Kultur bis in die Gegenwart hinein.

Prüfen wir das Problem historisch, so darf man nicht etwa vom Urchristentum ausgehen, wo Religion und Staat überhaupt noch nicht in Beziehung standen, wo höchstens Religion und soziale Fragen sich berührten und auch sonst exzeptionelle Verhältnisse vorlagen: man muß weiter zurückgehen, zu den Anfängen der Religion überhaupt und zwar, da wir rein historisch nie an einen Anfang gelangen, zu den kulturellen Frühstufen, die sich abseits der großen Kulturentwicklungen bei primitiven Völkern erhalten haben. Da nun finden wir fast übereinstimmend, daß in allen Völkern, wo eine Politik im Sinne eines festen Stammeszusammenschlusses, der im Gegensatz zu Stammesfremden solidarisch handelt, besteht, die Religion nicht etwa Privatsache ist, sondern fast identisch ist mit Politik. Das „Totem“ der Naturvölker ist ebensosehr religiöses Verehrungsobjekt wie nationales Einheitssymbol, es bekommt besonders im Kriege deutlichen Wappencharakter. Der Kampf der Stämme ist ein Kampf ihres Gottes: in Ägypten, in Vorderasien, fast überall in Frühzeiten der Kultur finden wir, daß dort, wo ein Volk siegt, auch sein Gott siegt, was von den Menschen mit der in religiösen Dingen so häufigen Kausalvertauschung so gedeutet wird, daß, weil der Gott der stärkere gewesen sei, sein Volk gewann, nicht etwa umgekehrt, daß der Gott gesiegt habe, weil sein Volk das stärkere gewesen. Auch in der Frühzeit Israels liegen die Verhältnisse ähnlich. Jahwe ist eine Art oberster Kriegsherr der Hebräer, die Götter und „Baals“ der Feinde sind nicht etwa abergläubische Vorstellungen und Irrtümer, sondern politische Realitäten. Politik und Religion sind eins. Priester leiten die politischen Angelegenheiten, Opfer und Gebete sind Obliegenheiten des Staates.

Das wäre die erste Stufe der Entwicklung. Eine zweite Stufe ist dadurch gekennzeichnet, daß Religion und Politik zwar noch eng verbunden sind, aber doch nicht mehr eins. So war es etwa im Griechenland der früheren Zeit, wo die Orakel zwar tief eingriffen in die Politik, aber doch nicht selber auch die ausführende Macht überwachten. Diesen Zustand, daß die Religion als wichtiger Faktor sich in das Staatswesen einfüge, will im Grunde der autoritative Protestantismus auch für unsere Zeit durchgeführt wissen.

Das Mittelalter bringt die besondere Entwicklung, daß in der Kirche ein Staat im Staate entsteht, der seine Politik oft genug gegen die weltliche Macht durchsetzt, zugleich aber auch selber bestrebt ist, einen theokratischen Zustand heraufzuführen, der letzten Endes wieder zu der ursprünglichen Identität von Politik und Religion zurückstrebt. Das, was der heutige Katholizismus will, ist die Fortsetzung und Weiterentwicklung dieses Verhältnisses.

Demgegenüber vertritt der Protestantismus in seinen freieren Formen, vor allem aber jede Art philosophischer Religion, das Bestreben, die Religion möglichst loszulösen von dem Staate. Sie machen ernst mit dem Worte Jesu, daß man dem Kaiser geben solle, was des Kaisers sei, Gotte aber, was Gottes sei. Indem die Religion als eine Sache der Persönlichkeit erklärt wird, muß sie notwendig losgelöst werden von sozialen Zusammenhängen, sie kann sich so wenig mit Politik berühren, wie etwa Farben und Klänge sich berühren können, sie erscheinen so heterogen, daß eine wirkliche Vereinigung ausgeschlossen ist. Eine solche Anschauung ist überzeugt, daß sie allein die wahre Religion zu geben habe, gereinigt von den Schlacken irdischer Vermischung. Und so kommt es, daß gerade diese innerlichst religiösen Menschen sich in ihren religionspolitischen Anschauungen mit denen treffen, die in der Religion nichts sehen, als eine schäd-

liche Beimengung von Politik, die möglichst auszurotten wäre. Während die einen die Trennung von Staat und Religion wollen, um die Religion zu vertiefen, wollen die andern dieselbe Trennung, aber um die Religion völlig auszuschalten als Kulturfaktor.

Prüfen wir nun unbefangen die gekennzeichneten Positionen, so läßt sich für die Auffassung der politischen Religiosität die Tatsache anführen, daß historisch die Religion fast immer, wo sie lebendig gewesen ist, auch stark politisch gefärbt war. Die Gegner aber werden anführen, gerade die historische Entwicklung beweise die Notwendigkeit einer sauberen Scheidung zwischen Politik und Religion. Was also der ersteren Anschauung als ein Zeichen des Niedergangs erscheint, dünkt der zweiten gerade als Ziel der Entwicklung.

Das ist nun gewiß mit allen Entwicklungen so, daß sie nur relativ zu nehmen sind, daß sie verschieden bewertet werden je nach dem Standpunkt des Beurteilers. Präzisieren wir die beiden Standpunkte, um die es sich hier handelt, genauer, so läßt sich auch sagen: der eine, der Religion und Politik vereinigen will, strebt nicht so sehr auf Isolation und möglichste Reinheit der Religion hin, als gerade auf die Verquickung der Religion mit den übrigen Kulturgebieten, um durch solche Bündnisse die Religion recht einflußreich zu gestalten und so, dank dieser Hilfen, auch die Religion selber wieder zu stärken. Der andere Standpunkt jedoch verwirft dies Bestreben als falsch: von hier aus gesehen, scheint die Religion als solche nur zu leiden durch derartige Verbindungen mit wesensfremden Gebieten, an Stelle des lauterer Goldes würden minderwertige Legierungen in Kurs gegeben, und die Religion höre zuletzt, beim Überwuchern dieser Verbindung mit Nichtreligiösem, auf, überhaupt Religion zu sein. Steht die eine Partei auf dem Standpunkt, die reine Religiosität, also etwa ein lyrisches Einheitsbewußtsein mit der transzendenten Welt, sei ganz auf sich allein gestellt fraglos und lebensunfähig, sie erhalte vielmehr wie etwa das chemisch reine Wasser ihren Lebenswert erst durch Beimischung anderer Bestandteile, so beharrt die andere Partei dabei, daß die Religion ihren Daseinswert nicht erst durch nichtreligiöse Wertwirkungen zu erweisen habe, daß sie in sich ein letzter, eigenster Wert sei.

Man sieht, die Sachlage ist nicht so einfach, daß sie durch kultusministerielle Erlasse entschieden werden könnte. Auf diese Weise läßt sich vielleicht eine gewaltsame Scheidung vollziehen, aber eine Entscheidung der hinter dem Gegensatz Politik und Religion sich drängenden Probleme ist damit nicht erbracht. Der Streit wird nicht zur Ruhe kommen, weil der Begriff Religion, über den entschieden werden soll, unendlich wandelbar ist und, wenn er in der einen Form ausgeschaltet wird, in neuer Form wieder erwächst. Denn die Sachlage ist nicht so, daß die Religion bloß darum stark oder schwach ist, weil sie mit der Politik sich verbindet, sondern umgekehrt kann man auch sagen, daß dort, wo das religiöse Leben von sich aus stark und lebendig ist, es auch auszustrahlen sucht auf andere Kulturgebiete und auf die Politik. Es läßt sich gegen diejenigen, die eine reinliche Scheidung wollen, erwidern, daß diese sich vielleicht zeitweilig machen, aber nicht dauernd halten läßt, da die einzelnen Kulturbestrebungen der Menschen untereinander so eng verbunden sind, daß sie immer wieder ineinander gerinnen, so sorgfältig man sie auch abdämmen mag. Und mögen die Puristen in der Religion noch so sehr die Besonderheit des religiösen Lebens betonen, sie werden doch anerkennen müssen, daß eine starke Religiosität stets danach strebt, über sich selber hinaus zu wachsen und einzugreifen in das gesamte übrige Leben, als ein Sauerteig zu wirken, der alles durchdringt. Und wenn das eintritt, was manche hoffen, daß in Folge der Auflösung der Religion vom Staate ein neues und stärkeres religiöses Leben erblüht, so wird die Folge sein, daß es auch von neuem stark an der Pforten des verschlossenen Gebietes pochen und Einlaß begehren wird, so daß der alte Zustand nur in neuer Form sich wieder einführen würde. Aus allen diesen Gründen müssen wir zur Erkenntnis kommen, daß Religion und Politik dauernd gar nicht zu trennen sind, daß vielmehr nur neue Arten ihrer

Verbindung entstehen werden. Im modernen Frankreich zum Beispiel hat man eine solche Scheidung zwischen Religion und Politik mit Gewalt durchgeführt: aber keinem Kenner französischer Verhältnisse wird es unbekannt sein, daß gerade in Frankreich schon vor dem Kriege und auch während des Krieges ein immer stärkeres religiöses Leben erwacht ist, das unterirdisch bereits sehr tiefgehend die Politik zu beeinflussen beginnt. Noch immer ist die Religion ein zu starker Machtfaktor, um ausgeschaltet werden zu können. Wird die staatliche Autorität das doch versuchen, so muß sie darauf gefaßt sein, daß die Religion von nun an nicht etwa sich neutral verhalten wird, daß sie vielmehr ihre Ausschaltung als Zurücksetzung deuten und zur Opposition übergehen wird. Das aber wird unfehlbar der Fall sein, wenn Erlasse wie die Hoffmannschen sich erneuern sollten. Und es ist dabei zu bedenken, daß schon die Tatsache des Zurückgesetztschneidens, die Verfolgung, das Märtyrertum der Religiosität niemals zum Schaden gereicht haben. Das Urchristentum wie auch der Katholizismus des Kulturkampfes sind nicht groß geworden trotz der Widerstände, nein gerade wegen der Widerstände. Und es scheint, daß der neue Kurs solche fördernden Widerstände in Menge liefern und damit das Gegenteil erreichen wird, als er beabsichtigt. Im Süden und Westen Deutschlands hat der Hoffmannsche Erlass sicher bereits so gewirkt.

Probleme besonderer Art erwachsen dann, wenn man das Verhältnis der Religion zur Sozialpolitik, speziell der Klassen- und Berufspolitik, heranzieht. In dieser Beziehung hat sich die Lage in Deutschland zuletzt so zugespielt, daß die Kirche als Vertreterin der Interessen des autoritativen Staates galt, d. h. als Parteigängerin der herrschenden Stände, des Kapitals. Das hat ihrer Volkstümlichkeit bei den großen Massen sehr geschadet, und vereinzelt Geistliche haben denn auch mit Eifer den Anschluß der Kirche an den Sozialismus befürwortet, da dieser dem Geiste des Christentums viel verwandter sei als die kapitalistische Staatsordnung.

Überblicken wir auch hier die Sachlage zunächst historisch, so lassen sich drei Typen des Verhältnisses zwischen Religion und sozialer Schichtung aufzeigen. Entweder die Religion hält es mit einer einzelnen Schicht, meist der herrschenden, zuweilen aber auch gerade der unterdrückten, oder zweitens die verschiedenen sozialen Schichten haben verschiedene Götter mit verschiedenen Kulte, oder drittens die Religion sieht ihre Aufgabe gerade im Sinne einer Überbrückung der Gegensätze. Daß es die Religion mit der herrschenden Schicht hielt, ist nur zum Teil aus Opportunismus zu begründen, oft war es auch die herrschende Schicht, die ihre Religiosität zur Anerkennung führte. Das tritt besonders deutlich dort hervor, wo die herrschende soziale Schicht ursprünglich ein fremdes Herrenvolk war, das sich als Oberschicht von der unterworfenen Bevölkerung getrennt hielt: so war es in Indien z. B. — Dagegen entwickelte sich oft eine selbständige Religion der Unterdrückten zu einem politischen Machtfaktor, wie es z. B. mit dem Christentum der Fall war, auch schon vorher mit den Mysterienkulte, die ursprünglich eine Sklavenreligion waren. — Bestanden so mehrere Kulte nebeneinander, so haben wir es mit dem Fall der nach sozialen Schichtungen getrennten Religiosität zu tun. Außerlich dokumentiert sich das in der Schaffung besonderer Berufsgötter oder auch nur besonderer Berufsheiliger, wie im christlichen Mittelalter. Aber auch innerhalb der gleichen Religion, in der Anbetung der gleichen Gottheit bestehen soziale Unterschiede, und wenn man in die Psychologie der Frömmigkeit eindringt, wird man bemerken, daß an Fürstenhöfen und bei Bauern vielleicht der gleiche Gott, aber doch in sehr verschiedener Weise angerufen wird.

Dementgegen hat nun das Christentum vielfach den Gedanken des sozialen Ausgleichs vertreten, die Lehre, daß alle Menschen vor Gott gleich seien. Es ist sicherlich übertrieben, wenn Nietzsche das „Ressentiment“ als Triebfeder aller solchen Bestrebungen ansieht: stärker war wohl die Sehnsucht nach brüderlicher Gleichheit, die doch in den Gemeinden der Urchristen auch zu praktischer Betätigung führte. Nun wurzelt der Sozialismus in sehr ähnlichen Verhältnissen wie das Frühchristentum: beide entstammen den Tiefen der Gesellschaft, beide auch wollen

Ausgleiche zwischen den Klassen schaffen. Daß es trotzdem bisher noch zu keinem Bündnis zwischen beiden kam, liegt an der Verkettung der offiziellen Religion mit der Autorität des kapitalistischen Staates.

Diese ist nunmehr ins Bankrott geraten. Die Religion, die sich sicherlich nicht darauf beschränken wird, Privatsache zu bleiben, wie ich oben zeigte, wird nach neuem Anschluß suchen und wird ihn vermutlich auch, allen Theorien zum Trotz, bei einer sozialistischen Regierung finden. Sie wird sich allerdings wandeln müssen oder muß sich bereits gewandelt haben, damit das geschehen kann.

Dabei darf man jedoch auch die großen Gegensätze zwischen Urchristentum und Sozialismus nicht übersehen: dieser ist durchaus als eine zunächst aufs Materielle gerichtete Bewegung anzusehen, während das Urchristentum gerade nichtmaterielle Werte als das höchste Gut anpries. In diesem Sinne hat Selma Lagerlöf recht, wenn sie in einem geistvollen Roman den Sozialismus als den „Antichrist“ charakterisiert. Aber auch dieser Gegensatz wird sich aufheben lassen. Es ist oft genug vorgekommen in der Religionsgeschichte, daß die Religion sich mit wirtschaftlichen Interessen verquidelt hat, und umgekehrt wird auch der Sozialismus, sobald der Religion das Odium der Verbundenheit mit dem kapitalistischen Polizeistaat genommen ist, gar kein Bedenken haben, sich mit ihr zu verbinden. Es ist unter diesem Gesichtspunkt durchaus denkbar, daß wir neue Religionsformen entstehen sehen, die dem bisherigen sehr unähnlich sind. Und ganz sicherlich wird der zur Macht gelangte Sozialismus sehr bald einsehen, daß die Ranzeln sehr brauchbare Organe für seine Ideen sein werden.

Noch eine andere Möglichkeit der Folgen einer Trennung von Staat und Religion wäre zu erwägen. Es könnte sein, daß dadurch, daß die Religion ihrer politischen Stützen beraubt würde, auch ihre einheitliche Organisation, die bisher die Geschlossenheit aller religiösen Bestrebungen wenigstens äußerlich gewahrt hat, verloren ginge. Die Folge davon würde ein Ueberwuchern des Sektenwesens sein, wie wir es in Amerika sehen, wo ja ebenfalls Trennung von Staat und Kirche besteht. Diese Entwicklung wäre sogar wenigstens für das protestantische Deutschland die wahrscheinlichste. Ob sie zu wünschen wäre, ist eine andere Frage. In solchen Sekten pflegt oft eine sehr intensive Religiosität zu glühen, aber auch eine überhitzte, unkontrollierte und daher sehr wenig anpassungsfähige Religiosität. Für die allgemeine Kultur bedeuten solche Sekten recht wenig. Wir kommen dabei zu der schon erwähnten Tatsache zurück, daß die reine, nur auf sich gestellte Religion unter allgemeinen, kulturellen Gesichtspunkten keineswegs die wertvollste ist, daß vielmehr eine Verquickung mit anderen Faktoren ihr erst ihre hohe allgemeine Bedeutung verleiht. Es ist kein Zweifel, daß die religiöse Temperatur durch solche Sekten sogar wärmer werden würde, vielleicht würde es auch vereinzelte Sekten geben, die geistig ein hohes Niveau zu wahren vermöchten. Bei der Mehrzahl würde ein sehr dumpfes Geistesleben bei großer Gefühlschwüle vorherrschen. Die Universitätsausbildung unserer Theologen, soviel gegen sie zu sagen sein mag, hat wenigstens sicherlich das für sich, daß sie unklares, überhitztes Schwärmertum entschieden zu dämpfen vermag. Das aber würde bei einem allgemeinen Laienpredigertum üppig ins Kraut schießen. Wir würden Anabaptisten und Verkündiger des tausendjährigen Reiches in Menge unter uns entstehen sehen und besonders, wenn die wirtschaftliche Notlage wachsen sollte, würde eine solche Aussaat fruchtbaren Boden finden. Bedenkt man das, so ist es sehr fraglich, ob man im Interesse einer allgemeinen Kultur die fessellose Entfaltung jeder religiösen Leidenschaft wünschen soll, und auch unter diesem Gesichtspunkt sollte man sich die Trennung von Staat und Kirche überlegen, zumal es keineswegs gesagt ist, daß diese Sekten sich jeder politischen Betätigung enthalten würden.

Wir hatten bisher die Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Politik nur vom psychologisch-soziologischen Standpunkt aus beleuchtet, ohne auf die speziellen Gegebenheiten des Tages und der Stunde einzugehen. Dennoch dürfte

auch auf die jetzt brennende Frage der Trennung von Kirche und Staat einiges Licht dabei fallen. Ganz ohne in dieser Sache nämlich mit dem Gefühl Stellung zu nehmen, läßt sich bereits sagen, daß das ganze Problem unpsychologisch gestellt ist, daß es überhaupt gar nicht möglich ist, diese Trennung durchzuführen, daß vielmehr überall, wo es Religion gegeben hat, sie auch in der Politik mitzureden gestrebt hat. Weist man sie aber gewaltsam hinaus wie in Frankreich, oder billigt man ihr offiziell keine Stimme zu wie in Amerika, so schleicht sie sich entweder durch Seitentüren wieder ein, was ebenfalls in Frankreich zu beobachten ist, oder sie spricht unter allerlei Masken mit. Seien wir uns doch klar darüber, daß in kaum einem Lande der Welt die Religion so mitbestimmend ist in der Politik wie gerade in Amerika, wo sie offiziell völlig getrennt ist vom Staate. Gerade von unserm nur beobachtenden Standpunkt aus läßt sich ja erkennen, daß eine gewaltsame Scheidung von Staat und Kirche vielleicht das Gegenteil erzielen würde von dem, was diejenigen erhoffen, die sie durchführen würden. Die Trennung von Staat und Kirche und damit auch von Politik und Religion überhaupt wird trotzdem vermutlich eine der ersten Taten der neuen Regierung sein. Sie wird sich nicht aufhalten lassen und gewiß geben manche unerfreuliche Nebenerscheinungen jener Verquickung ihnen scheinbar allen Grund zu diesem Vorgehen. Vielleicht aber ist es doch nicht ganz überflüssig, dabei auszusprechen, daß diese radikale Trennung der beiden Mächte weder so natürlich, noch so historisch gerechtfertigt noch so leicht ausführbar, noch so berechenbar und empfehlenswert in den Konsequenzen ist, wie die meisten Rufer im Streit heute meinen.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Sozialdemokratie und die deutschen Volksräte. Die deutschen Volksräte in Westpreußen haben sich als Faktor im politischen und kulturellen Leben unserer Heimatprovinz erwiesen, dessen Wichtigkeit inzwischen wohl allgemein erkannt worden ist. Das einigende Band zwischen allen Parteien ist ja das Bewußtsein, daß wir alle Deutsche sind, wie verschieden auch das nationale Gefühl zum Ausdruck kommen mag, und der einmütige Wille, auch deutsch zu bleiben. Innerhalb der sogenannten „bürgerlichen“ Parteien gab es auch keinen parteipolitischen Gegensatz, der stark genug wäre, daß er ein enges Zusammenarbeiten in einem deutschen Volksrate hätte unmöglich machen können. Von sozialdemokratischer Seite indessen wurde bezw. wird ein Zusammenarbeiten mit den „Bürgerlichen“ gegenüber eine Zurückhaltung geübt, die auf die Dauer entweder die Bestrebungen der Volksräte als einseitig erscheinen lassen oder die Gesinnung der Sozialdemokratie, der stärksten Reichspartei, als nicht national genug kennzeichnen mußte. Jedenfalls stellt

sie einen Gegensatz zwischen „bürgerlicher“ und sozialdemokratischer Beurteilung und Behandlung des Polenproblems dar.

Dieser Gegensatz ist eine Konstruktion. Tatsächlich ist er nicht in dem Maße vorhanden, wie es den Anschein hat. Die Mehrheitssozialdemokratie empfindet — das kommt in Weimar oft genug zum Ausdruck — national. Der Arbeiter will ebensowenig seine völkischen Interessen preisgeben, wie der „Bürgerliche“. Nur stellt das Programm der Sozialdemokratie die proletarischen Interessen über die völkischen und muß insofern dessen seine Anhänger einer Arbeitsgemeinschaft gegenüber zurückhaltend machen, die mit Parteiinteressen nichts zu tun hat. Diese aus den Richtlinien der Sozialdemokratie verständliche Zurückhaltung wird ergänzt durch ein Mißtrauen allen Persönlichkeiten und Organisationen gegenüber, die die bisherige, verunglückte Polenpolitik geleitet und ausgeübt haben. Dieses Mißtrauen ist um so begreiflicher, als die Sozialdemokratie mit ihren Zielen, die Mächte des internationalen